

**„Menschen mit Handicap befinden sich in der Armuts- und Schuldenfalle!“
Sozialberater des ABiD schlägt wegen steigender Mehrkosten für Behinderte Alarm**

Berlin (25.07.2022). Der Allgemeine Behindertenverband in Deutschland e.V. weist auf die besonderen Herausforderungen für Menschen mit Handicap durch die derzeit bestehende Teuerungsrate hin. Wie der Sozialberater des ABiD, Dennis Riehle, in einer Stellungnahme eindrücklich klarmacht, haben ihn in den letzten Wochen viele Zuschriften von Personen mit einer Behinderung erreicht, die in existenzielle Not geraten sind: „Durch die zahlreichen Mehraufwendungen, die chronisch kranke Menschen zu leisten haben, sind sie durch die steigenden Preise in Deutschland von einer über die Maßen gehenden Armut bedroht, erhalten allerdings viel zu wenig Unterstützung“, so der 37-Jährige, der weiter ausführt: „Mehrkosten für Medikamente, zusätzliche Stromkosten für Hilfsmittel oder das bloße Angewiesensein auf den eigenen PKW für die regelmäßige Fahrt zum Arzt – all diese Summen müssen die Betroffenen aufbringen, obwohl sie oftmals ohnehin kaum ein Einkommen oder Vermögen besitzen. Und weil viele behinderte Menschen daher auch nicht einkommensteuerepflichtig sind, kommen ihnen zahlreiche der Entlastungen nicht zugute, welche die Politik beschlossen hat. Dies ist eine unbillige Härte“, erklärt Dennis Riehle.

Es brauche dringend punktgenaue und zielgerichtete Abfederungen für die Bedürftigen, derzeit seien die finanziellen Zuschüsse vor allem an die Mittelschicht ausgerichtet. Nachdem Menschen mit Handicap ohnehin Schwierigkeiten hätten, ihre Rechte und Ansprüche gegenüber Politik und Behörden geltend zu machen, würde ihre Stimme in der momentanen Situation oftmals untergehen, obwohl es gerade behinderte Personen seien, die überdurchschnittlich leiden und in soziale Schieflage geraten, befindet der ABiD. Insbesondere würde es sich nach Riehles Ansicht anbieten, die bei den Versorgungsgängern bekannten und mit einer Behinderteneigenschaft registrierten Menschen mit weiteren Nachteilsausgleichen zu entlasten, beispielsweise durch versierte Einmalzahlungen, Streichung der Eigenbeteiligung für eine Wertmarke zur Nutzung des ÖPNV oder Gutscheine für das öffentliche Leben – gerade dann, wenn die Betroffenen nicht von steuerlichen Erleichterungen erreicht werden. Riehle fordert die Politik zum raschen Handeln auf.

„Nach unserer Erfahrung geraten behinderte Menschen immer öfter in die Schuldenfalle. Obwohl sie oftmals ohnehin ein besonders anspruchsvolles Dasein führen und mit ihren wenigen Mitteln sorgsam haushalten müssen, liegen momentan kaum zumutbare Lasten auf den Schultern vieler Personen mit einem Handicap, die sich in wachsender Zahl an unsere kostenlose Psychosoziale Mailberatung wenden. Es braucht umgehend barrierefreie und möglichst unbürokratische Hilfen, denn die Lage ist durchaus besorgniserregend“, so Riehle. Er weist nochmals auf die Möglichkeit hin, sich an verschiedene Stellen wenden zu können. Neben Schuldnerberatungen stehen auch vor Ort viele Hilfsangebote der Wohlfahrts- und Sozialverbände zur Verfügung: „Bei der Vermittlung helfen wir gern: Soziales@ABiD-ev.de“.